



Einstellung von 1900 Kommissaranwärtern ist ein Riesenerfolg für die GdP!

Jahrelang hat die GdP die Politik aufgefordert, angesichts der massiven Zunahme der Wohnungseinbrüche, dem rasanten Anstieg der Internetkriminalität, der zunehmenden Gewalt zwischen verfeindeten Rockern und der Bedrohung durch islamistische Terrorgruppen und durch No-go-Areas endlich den Personalabbau bei der Polizei zu stoppen. Ende August hat die rot-grüne Landesregierung auf diese Forderung mit einer radikalen Kehrtwende ihrer bisherigen Einstellungspolitik reagiert: Zusätzlich zu den 1642 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern, die bereits am 1. September ihr dreijähriges Bachelorstudium begonnen haben, wird das Land am 1. November weitere 250 Nachwuchspolizisten einstellen. Innerhalb von nur sieben Monaten erhöht die rot-grüne Landesregierung damit zum zweiten Mal die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei, denn bereits unmittelbar nach den Terroranschlägen von Paris hatte Rot-Grün im Februar dieses Jahres beschlossen, zwischen 2015 und 2018 jeweils 120 zusätzliche Kommissaranwärterinnen und -anwärter einzustellen. Insgesamt steigt damit die Zahl der Neueinstellungen in NRW in diesem Jahr auf 1892 Anwärterinnen und Anwärter. Das ist ein Riesenerfolg für die GdP! Ohne den massiven öffentlichen Druck, den die GdP in den vergangenen Jahren immer wieder aufgebaut hat, wäre es zu dieser Kehrtwende nicht gekommen.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne hat GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert die Kehrtwende der Landesregierung als richtungsweisende Entscheidung gelobt, der eine Vorbildfunktion auch für die anderen Bundesländer zukommt. „Mit den 250 zusätzlichen Polizisten stärkt Rot-Grün den Schutz der Bürger vor drohenden Terroranschlägen und vor Alltagskriminalität“, sagte Plickert Ende August gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ). Verantwortlich für den Kurswechsel innerhalb der Regierungskoalition ist vor allem Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Während die Grünen in NRW, anders als die Grünen auf Bundesebene und in den meisten anderen Ländern, bislang einem weiteren Personalabbau bei der Polizei das Wort geredet haben, haben sich in der SPD diejenigen durchgesetzt, die die Gefahren einer immer geringer werdenden Polizeipräsenz sehen. „Dass Hannelore Kraft trotz der Schuldenbremse den Schutz der Bürger zu einem ihrer Topthemen gemacht hat, kann man ihr nicht hoch genug anrechnen“, sagte der GdP-Landesvorsitzende zur WAZ.

Wie radikal der Kurswechsel bei der Einstellungspolitik ist, zeigt ein Blick auf die Entwicklung der vergangenen Jahre. Um Geld zu sparen, hatte 2004 die damalige rot-grüne Landesregierung die Wochenarbeitszeit der Beamten einseitig auf 41 Stunden erhöht. Drei Jahre später wurde zudem das

Pensionsalter um zwei Jahre nach hinten verschoben. Weil dadurch kurzfristig mehr Polizisten zur Verfügung standen, reduzierte Rot-Grün 2004 die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei von 1063 Kommissaranwärterinnen und -anwärter auf 480 Anwärter. Erst unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) wurde diese Fehlentscheidung 2008 korrigiert und die Zahl der Neueinstellungen wieder auf 1100 Kommissaranwärter erhöht. Auch dieser Entscheidung war eine massive Protestwelle der GdP vorangegangen. 2011, nach der Rückkehr von Rot-Grün in die Regierungsverantwortung, erhöhte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) die Einstellungszahlen auf 1400. Ein weiterer, wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Allerdings hat auch die damalige Erhöhung der Einstellungszahlen noch nicht dazu geführt, dass die Polizei in NRW ihren Personalbestand langfristig hätte halten können. Das liegt vor allem daran, dass die Zahl der Pensionierungen bei der Polizei in den kommenden Jahren stark steigt, auf bis zu 2000 pro Jahr. Immer wieder

hat die GdP deshalb in den vergangenen Jahren gefordert, dass die Zahl der Neueinstellungen auf 1800 Kommissaranwärterinnen und -anwärter erhöht wird. Eine Forderung, der die rot-grüne Landesregierung anfangs nur sehr zögerlich nachgekommen ist. Im September 2013 erhöhte Rot-Grün die Zahl der Neueinstellungen von 1400 auf 1477. Ein Jahr später, im September 2014, stieg sie auf 1500 Anwärterinnen und Anwärter. Mit beiden Erhöhungen wollte die Landesregierung sicherstellen, dass nach Abschluss des dreijährigen Bachelorstudiums zumindest 1400 ausgebildete Polizisten als Nachersatz übrig bleiben. Denn nicht jeder, der die

→ Seite 2



Unsere Forderungen sind erfüllt



1900 Kommissaranwärterinnen und -anwärter stellt die rot-grüne Landesregierung in diesem und im kommenden Jahr ein. So viele, wie seit den Hochzeiten des RAF-Terrorismus nicht mehr. Wer das noch vor wenigen Wochen vorausgesagt hätte, wäre wahrscheinlich belächelt worden. Wie radikal die Kehrtwende von Rot-Grün bei der Inneren Sicherheit ist, zeigt auch der Umstand, dass 250 der 1900 Anwärter nachträglich in den bereits laufenden Ausbildungsjahrgang aufgenommen werden. Ein bislang einmaliger Vorgang.

Zwei Ereignisse haben am Ende zum Umdenken von Rot-Grün geführt: Zum einen die Erkenntnis, dass sich weder die sprunghaft gestiegene Zahl der Wohnungseinbrüche noch das Entstehen von No-go-Areas verhindern lassen, wenn der bisherige Personalabbau bei der Polizei ungebremst weitergeht. Zum anderen die Erkenntnis, dass die auf NRW zurollende Flüchtlingswelle vieles verändern wird. Auch die Anforderungen an die Polizei. Es war Hannelore Kraft, die diese Herausforderungen für das Land als erste erkannt hat und einen Kurswechsel bei der Inneren Sicherheit eingeleitet hat, bei der nicht mehr das Sparen als oberste Priorität gilt, sondern die Hilfe und der Schutz für die Menschen in den Vordergrund gerückt ist.

Jahrelang hat die GdP dafür geworben, die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei an die wachsende Zahl der Pensionierungen anzupassen. Diese Forderung hat die Politik jetzt erfüllt. Auch wenn wir durch die zusätzlichen Einstellungen am Ende nicht mehr Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung haben als jetzt, sondern lediglich unseren Personalbestand halten – bei gleichzeitig stark gestiegenen Anforderungen. Auch wenn es noch drei Jahre dauert, bis die ersten, jetzt eingestellten zusätzlichen Kommissaranwärterinnen und -anwärter für die Arbeit bei der Polizei zu Verfügung stehen. Aber ein Anfang ist gemacht. Für alles andere brauchen wir Lösungen im Detail. Allen voran eine Aufgabenkritik bei der Polizei, die diesen Namen auch verdient. Und die Einführung von Langzeitarbeitskonten, damit die Mehrarbeit, die jetzt unabweisbar bei der Polizei anfällt, von denen geleistet werden kann, die jetzt schon bei der Polizei ihren Dienst tun. An der Diskussion über beide Lösungsansätze wird sich die GdP konstruktiv beteiligen.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

DPolG gegen zusätzliche Stellen

Es war ein langer politischer Kampf, bis die Politik erkannt hat, dass der Schutz der Menschen vor Straftaten und vor Terroranschlägen zu den wichtigsten Aufgaben des Staates zählt und keine Spielwiese zur Haushaltskonsolidierung ist. Aber nicht nur die Grünen haben einem Stellenabbau bei der Polizei das Wort geredet, sondern auch die Deutsche Polizeiverwerkschaft (DPolG). In ihrer Mitgliederzeitschrift hat die DPolG sogar davor gewarnt, dass durch die Forderungen der GdP, die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei an die wachsende Zahl der Pensionierungen anzupassen, das Einkommen der Polizisten gefährdet sei:

„Während andere bis vor kurzem noch 1700 Neueinstellungen forderten und weitere drei Einsatzhundertschaften, ohne beiläufig mitzuteilen, wo dafür die Finanzmittel und das Personal herkommen soll, ohne weitere Griffe in unsere persönlichen Einkommen und Zulagen, sind wir stets unseren Forderungen mit Augenmaß treu geblieben. Träumen kann man woanders.“
(Polizeispiegel, April 2013)

dreijährige Polizeiausbildung beginnt, schließt sie am Ende erfolgreich ab.

Dass in den vergangenen Jahren nicht mehr Nachwuchspolizisten eingestellt worden sind, lag vor allem am Widerstand der Grünen. Ihre Spitzenvertreter hatten immer wieder gefordert, dass angesichts der heranziehenden Schuldenbremse die Zahl der Polizisten in NRW weiter reduziert wird. Eine Position, die sich noch in dem im Juni dieses Jahres veröffentlichten Abschlussbericht der Expertenkommission „Bürgernähe Polizei – Den Demographischen Wandel gestalten“ wiederfindet. Dort fordert der ehemalige Münsteraner Polizeipräsident Hubert Wimber, dass durch die Konzentration auf wenige Großbehörden und den Wegfall von Aufgaben in NRW erneut 1600 Stellen bei der Polizei abgebaut werden. Zusätzlich zu den 2000 Stellen, die bereits in den vergangenen zehn Jahren verloren gegangen sind. Wimber war über das Parteibuch der

Grünen Polizeipräsident geworden und galt als deren Vertreter in der Expertenkommission. Diese Forderung ist allerdings mit dem jetzt gefassten Beschluss der rot-grünen Landesregierung, in diesem und im kommenden Jahr jeweils 250 zusätzliche Kommissaranwärterinnen und -anwärter einzustellen, vom Tisch. Denn Rot-Grün hat inzwischen den Wert der Inneren Sicherheit erkannt.

Damit die Pläne umgesetzt werden können, muss der Landtag den zusätzlichen Stellen noch zustimmen. Dies soll in einem Eilverfahren geschehen. Zudem sollen die zusätzlich eingestellten Anwärterinnen und Anwärter die Möglichkeit erhalten, bereits ab Anfang Oktober als Gaststudenten an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung an den Vorlesungen des Studiengangs Polizeivollzugswesen teilzunehmen. Dadurch soll für sie kein Lehrstoff verloren gehen, damit sie gleichzeitig mit den Anwärtern, die bereits am 1. September ihr Bachelor-Studium begonnen haben, Ende August 2018 ihre Ausbildung zum Polizeikommissar abschließen können.



NRW-Polizei schichtet Ressourcen für die Flüchtlinge um

800 000 Flüchtlinge kommen nach Schätzungen der Bundesregierung in diesem Jahr nach Deutschland, Experten gehen sogar von noch einmal deutlich höheren Zahlen aus. Ein Drittel von ihnen landet in NRW. Eine Zahl, die nicht nur die Landesregierung und die Städte und Kommunen vor große Herausforderungen stellt, sondern auch die Polizei. Weil das Land bei der Erfassung und Betreuung der Flüchtlinge längst an seine Kapazitätsgrenzen gestoßen ist, hat Innenminister Ralf Jäger (SPD) nicht nur pensionierte Polizeibeamte angeschrieben, um sie in der Erstaufnahme von Flüchtlingen einzusetzen, sondern Anfang September auch 100 Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei zur Erfassung der Flüchtlinge abgezogen. Der Einsatz in den Erstaufnahmestellen erfolgt auf freiwilliger Basis. Er ist auf einen Monat begrenzt.

Angesichts der dramatischen Situation bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge trägt die GdP die Entscheidung des Innenministers mit. „So wie die Polizei in früheren Notsituation wie der Bewältigung des Oderhochwassers vor einigen Jahren geholfen hat, stellen wir uns auch jetzt unserer gesamtstaatlichen Verantwortung“, hatte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert gegenüber den Medien erklärt. Für die GdP ist allerdings auch klar, dass der Flüchtlingseinsatz der Polizei kräfte- und zeitmäßig begrenzt sein muss, damit die Polizei ihre eigentlichen Kernaufgaben nicht vernachlässigt.

Neben der Unterstützung bei der Erstaufnahme hilft die Polizei zurzeit auch bei der Unterbringung der Flüchtlinge. Beim LAFP in Selm wurde eigens der Besucherparkplatz geräumt, damit dort eine provisorische Zeltstadt für die Unterbringung von 1000 Flüchtlingen aufgebaut werden kann. Auf dem LAFP-Gelände in Stukenbrock sind zudem 500 Flüchtlinge untergebracht. Eine Zeltstadt für insgesamt 1000 Flüchtlinge ist im Aufbau. Bereits seit Ende Juni sind zudem 30 Mitarbeiter des LAFP in der Erstaufnahme eingesetzt. Die polizeiinternen Fortbildungen in Stukenbrock wurden dazu zum Teil ausgesetzt. Das gilt allerdings nicht für das Bachelor-Studium und für ausbildungsähnliche Fortbildungen, wie zum Beispiel die Einführungsfortbildung beim Wechsel in die

Direktion K oder beim Eintritt in die Bereitschaftspolizei.

Auch diese Maßnahmen müssen aus Sicht der GdP zeitlich eng begrenzt sein, damit der hohe Aus- und Fortbildungsstand in NRW nicht gefährdet wird. Gegenüber den Medien erinnerte der GdP-Vorsitzende zudem daran, dass die Polizei durch die Flüchtlingswelle auch in ihren Kernbereichen zusätzlich gefordert ist. Weil es immer mehr Flüchtlings-einrichtungen gibt, muss die Polizei an immer mehr Orten Präsenz zeigen, um die Einrichtungen vor einem möglichen Angriff von Extremisten zu schützen.

Zudem ist zu befürchten, dass auch die Zahl der Konflikte innerhalb der Flüchtlings-einrichtungen zunehmen wird, wenn immer mehr Menschen aus unterschiedlichen Ländern, mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung und unterschiedlicher Religionszugehörigkeit auf engstem Raum zusammenleben.

Welche Folgen der Zustrom der Flüchtlinge für die Arbeit der Polizei hat, lässt sich erst in den kommenden Wochen und Monaten genauer erkennen, wenn absehbar ist, wie sich die Flüchtlingsströme durch Europa weiter entwickeln.

GdP-Forum über neue Strategien zur Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen

2015 ist die Zahl der Wohnungseinbrüche in NRW nahezu explodiert, vor allem in den großen Städten entlang der Rhein-Ruhr-Schiene. Trauriger Spitzenreiter ist die Landeshauptstadt Düsseldorf. Dort gab es alleine in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 1720 Einbrüche, 48 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Auch in den anderen Großstädten sieht die Entwicklung nicht viel besser aus: In Köln lag der Zuwachs bei 18,5 Prozent, in Dortmund und in Essen bei 25 Prozent und in Duisburg bei 30 Prozent. Nahezu überall ist zudem die Aufklärungsquote gesunken. In Essen ging sie auf 9,9 Prozent zurück, in Düsseldorf auf 7,9 Prozent und Köln auf gerade einmal 5,7 Prozent. Für die GdP ist das eine alarmierende Entwicklung. Sie hat deshalb für den 4. November Einbruchsspezialisten der Polizei zu einem Kriminalforum nach Düsseldorf eingeladen, um über neue Strategien zur Bekämpfung der Wohnungseinbrüche zu diskutieren.

Referent des eintägigen Fachforums ist neben Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann, der über die aktuelle Entwicklung bei den Wohnungseinbrüchen berichten wird, auch der Leitende Kriminaldirektor des PP Duisburg, Dieter Kretzer. Er wird über den Stand des Pilotprojekts zur Nutzung von Predictive Policing berichten. Bodo Buschhausen, Leiter des KK 32 für Wohnungseinbrüche im Polizeipräsidium Essen, wird zudem darstellen, welche Handlungsoptionen die Polizei in einer Großstadt hat, um die Zahl der Wohnungseinbrüche nachhaltig zu reduzieren. Und der Wuppertaler Zugführer Volker Droste wird über seine Erfahrungen bei den Unterstützungseinsätzen der Einsatzhundertschaften berichten. Weitere Referenten des Kriminalforums sind GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert und sein Stellvertreter Wolfgang Spies. Sie werden die Handlungsempfehlungen der GdP zur nachhaltigen Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen in die Diskussion einbringen.

Das diesjährige Kriminalforum ist bereits das zweite Forum, auf dem sich die GdP ausführlich mit den Strategien zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität auseinandersetzt. Für das Forum steht eine begrenzte Zahl von Teilnehmerplätzen zur Verfügung.



GdP vermisst Anpassung der Zulagen

Die GdP hält den Gesetzentwurf zur Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtinnen und Beamten, den die rot-grüne Landesregierung Mitte August vorgelegt hat, für unzureichend. Zwar ist im Gesetzentwurf vorgesehen, dass die Bezüge der Beamten und der Versorgungsempfänger – wie mit den Gewerkschaften vereinbart – im gleichem Umfang erhöht werden wie die Einkommen der Tarifbeschäftigten, die meisten Zulagen sollen dabei aber nicht berücksichtigt werden. Das gilt auch für die Polizeizulage und die Zulage für die Samstags- und die Nacharbeit (DUZ). Aus Sicht der GdP ist das Einfrieren der Zulagen nicht akzeptabel, weil sie ohne einen Inflationsausgleich immer weniger wert sind.

In NRW wurde die Polizeizulage bereits seit 1998 nicht mehr erhöht. Bezogen auf die Kaufkraft hat sie dadurch 20 Prozent ihres Wertes verloren. Auch die DUZ-Zulage wurde seit 2002 nicht mehr erhöht. Geht es nach Rot-Grün, soll das auch bei der jetzigen Besoldungsanpassung so bleiben. Erhöht werden soll lediglich der Satz für den Dienst an Sonntagen. In ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf kritisiert die GdP diese Ungleichbehandlung gleichartiger Zulagen als willkürlich. „Es entbehrt jeglicher Logik, dass der Dienst an Sonntagen dynamisiert wird, der Dienst an Samstagen und zwischen 20 und 6 Uhr dagegen nicht“, heißt es in der Stellungnahme.

Auf massive Kritik der GdP stößt zudem eine im Gesetzentwurf enthaltene Behauptung der Landesregierung, dass mit der 1:1-Übernahme des prozentualen Tarifiergebnisses für die Beamtinnen und Beamten den Anforderungen an eine amtsangemessene Alimentation genüge getan sei. Ob dieses Kriterium erfüllt ist, ist nach Auffassung der GdP nicht nur davon abhängig, ob die aktuelle Tarifierhöhung für die Beamten übernommen wird, sondern auch von den Kürzungen, die die Beamten in den vergangenen Jahren hinnehmen mussten. Hierüber gibt es einen bereits mehr als zehn Jahre dauernden Rechtsstreit, der inzwischen beim Bundesverfassungsgericht gelandet ist. Deshalb hält es die GdP für unzulässig, wenn

die Landesregierung jetzt behauptet, dass mit der Übernahme der prozentualen Tarifierhöhung für die Beamten das Kriterium der amtsangemessenen Alimentation bereits erfüllt ist, ohne ist die noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten.

Um in dieser Frage Rechtsklarheit zu schaffen, hatte der GdP-Landesbezirk noch im Sommer vergangenen Jahres dem Bundesverfassungsgericht mehr als 12 000 Protestschreiben von Polizistinnen und Polizisten aus NRW übergeben, in denen eine zeitnahe Entscheidung des Gerichts gefordert wird. Bislang ist die Verhandlung darüber in Karlsruhe aber noch nicht terminiert worden.



Es ist schon eine Tradition, dass die GdP spätestens alle zwei Jahre die Mitglieder des höheren Dienstes zu einer eigenen Führungskräfte-tagung einlädt, um gemeinsam mit den Spitzenkräften der Polizei über die aktuellen Herausforderungen der Polizeiarbeit zu diskutieren. Mehr als 150 Mitglieder des Höheren Dienstes sind in diesem Jahr der Einladung zur HD-Tagung Ende August in Kamen gefolgt. Im Mittelpunkt des intensiven Meinungsaustauschs standen vor allem die Folgen der geplanten Dienstrechtsreform, die zu erwartende Personalentwicklung in den kommenden Jahren, die Bedrohung durch den islamistischen Terror und natürlich die Auswirkungen der aktuellen Flüchtlingswelle auf die Arbeit der Polizei. In einem weiteren Themenblock haben sich die Teilnehmer der HD-Tagung auch mit dem Präventionskonzept Predictive Policing auseinandergesetzt.



Wir sind die GdP



Polizisten, die familiäre Wurzeln im Ausland haben, gehören in NRW längst zum Polizeialltag. Sie sind eine Bereicherung für die Polizei, nicht nur weil sie die Sprache ihrer Herkunftsländer verstehen, sondern auch weil sie sich leichter in andere Kulturen, ihre Denk- und Handlungsmuster hineinversetzen können als ihre deutschen Kollegen. Bei der Lösung von Alltagskonflikten kann das von Vorteil sein. Schon seit Jahren ermutigt deshalb das Innenministerium junge Menschen, die familiäre Wurzeln in anderen Ländern haben, sich bei der Polizei zu bewerben.

Die GdP-Kreisgruppe Aachen ist jetzt noch einen Schritt weitergegangen und hat unter dem Namen MIGRAA (Migrationsgruppe Aachen) eine eigene Gruppe gegründet. Sie soll eine Plattform bilden, auf der sich Polizistinnen und Polizisten, die aus anderen Ländern stammen, untereinander vernetzen können, um sich gegenseitig zu unterstützen und bei aufkommenden Problemen zu helfen. Zudem will die Gruppe das Verständnis für die Situation der Migranten bei der Polizei fördern. „Auch bei der Polizei wird neues oft erst einmal mit Skepsis betrachtet. Dem wollen wir etwas Positives entgegenstellen. Wir wollen über die Tradition und Kultur unserer Herkunftsländer informieren, um Barrieren abzubauen“, umschreibt Initiator Yunus Erdemir, dessen Eltern vor beinahe 40 Jahren aus Anatolien nach Deutschland eingewandert sind, die Idee der Aachener Migrantengruppe.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind nicht nur Seminare und Infoabende über andere Kulturen geplant, sondern auch gemeinsame Veranstaltungen wie Multi-Kulti-Schlemmer-Büfettis und multikulturelle Feste. Zudem will die Migrantengruppe Kontakte zu anderen Migranteneinrichtungen wie dem Ausländerbeirat und den Aachener Moscheen aufnehmen und die eigene Behörde bei Migrationsfragen beraten. Zehn Mitglieder hat die Migrationsgruppe bereits gewonnen. „Wir wachsen langsam aber beständig“, meint Yunus Erdemir, „aber das ist kein Nachteil. Schließlich wollen wir etwas aufbauen, das dauerhaft funktioniert und auch für andere Kreisgruppen zum Vorbild werden kann“.

Ein Menschenleben ist unbezahlbar.

Es zu schützen nicht!

Der Mensch und sein persönlicher Schutz ist in jedem zukunftsorientierten Unternehmen ein wichtiges Thema. Auf der Weltleitmesse A+A in Düsseldorf präsentieren sich die Marktführer mit neuesten Produkten in voller Funktionalität – für den Schutz von Kopf bis Fuß.

Setzen Sie auf Sicherheit mit der A+A 2015!

www.aplusa.de/erleben

27. – 30. Oktober 2015
Düsseldorf, Germany



Persönlicher Schutz, betriebliche Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Internationale Fachmesse mit Kongress

www.AplusA.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 3.10. Bruno Skowronski, Bottrop
- 7.10. Wilhelm Schiffers, Neuss
Josef Schuck, Neunkirchen
- 10.10. Ilse Kuptz, Soest
- 12.10. Irmgard Tümmers, Neuss
- 14.10. Marianne Braun, Bonn
- 23.10. Herbert Radtke, Rheinbach
- 26.10. Gerda Kolb, Selm
- 31.10. Gerda Mesenholl, Remscheid
Christina Schleiden, Neuss

91. Geburtstag

- 2.10. Heinz Brede, Münster
- 8.10. Edith Blambeck,
Herzebrock-Clarholz
Herta Paula Stobbe, Siegen
- 14.10. Ilse Klaffke, Gladbeck
- 23.10. Hermann Kramp, Titz
Kurt Weidenbruch, Wülfrath

- 24.10. Helene Hoever, Krefeld
- 25.10. Kurt Illhardt, Velbert
- 28.10. Ilse Saalfeld, Düsseldorf
Josef Segin, Paderborn

92. Geburtstag

- 9.10. Gerhard Goldbach, Wuppertal
- 18.10. Wilhelm Arians, Goch
- 21.10. Günter Beckmann,
Bergneustadt
- 25.10. Katharina Hasenau, Duisburg
- 27.10. Gerda Bendler,
Bergisch Gladbach

93. Geburtstag

- 4.10. Hans Engels, Krefeld
- 9.10. Maria Deppe, Köln
- 12.10. Alwine Körrenzig, Aachen
- 29.10. Lucie Stellmacher, Langenfeld

94. Geburtstag

- 2.10. Ilse Brandes, Wermelskirchen
- 3.10. Lieselotte Altenhoff, Bochum
- 5.10. Anneliese Scholz, Nordwalde

- 8.10. Helene Feldhaus, Münster
Josef Rütten, Hückelhoven
- 19.10. Reinhard Bovenkerk, Isselburg
Else Werth, Wuppertal
- 21.10. Charlotte Maaß, Wesel
Eduard Malberg, Oberhausen
- 23.10. Barbara Fläschel,
Geilenkirchen

95. Geburtstag

- 21.10. Gertrud Houben,
Converse/Texas
- 26.10. Grete Rogall, Wilnsdorf
- 30.10. Margarete Knetsch, Köln

96. Geburtstag

- 16.10. Johanna Schumacher, Köln
- 24.10. Heinz Dusen, Nettetal
- 30.10. Mathilde Lammers, Ochtrup

97. Geburtstag

- 5.10. Charlotte Majert, Essen

100. Geburtstag

- 15.10. Else Vierboom, Bochum

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die
November-Ausgabe ist der 2. Oktober.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Junge Gruppe hilft bei der Wohnungssuche

Seit 2009 werden die Kommissaranwärterinnen und -anwärter während ihres Trainings nicht mehr auf dem Gelände des LAFP untergebracht, sondern müssen sich für mehrere Wochen im Jahr selber darum kümmern, wo sie wohnen. Für viele bedeutet das, eine zusätzliche Wohnung anmieten zu müssen oder lange Anfahrtswege in Kauf zu nehmen. Das hat die Junge Gruppe Münster auf die Idee gebracht, für die Studierenden eine Übersicht der verschiedenen Wohnungsanbieter zu erstellen. Um das Wohnungsangebot so transparent wie möglich zu gestalten, wurden verschiedene Bewertungskriterien eingebaut,

die ein Ranking der Ferienwohnungen ermöglichen. Neben der Wohnungsausstattung und dem Service wurde dabei besonderer Wert auf die Freundlichkeit des Vermieters, das Preis-Leistungs-Verhältnis und die Sauberkeit gelegt. Abgerundet wird die Auswertung durch zusätzliche Infos der Studierenden zu den einzelnen Unterküften.

In diesem Jahr erscheint die Wohnungsbörse der Jungen Gruppe bereits zum sechsten Mal. In der aktuellen Auswertung befinden sich 36 Anbieter mit 45 Wohnungen, die in einem Radius von sechs Kilometern um das LAFP verteilt liegen.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

14. Oktober, 11 Uhr, Theodor-Seipp-Str., 52477 Aisdorf, Parkplatz am Tierpark, Senioren-Herbstwanderung, leichte Rundwandertour durch das Broichbachtal, auch für Rollstuhlfahrer geeignet, Dauer ca. drei Stunden, Einkehrmöglichkeiten am Tier-

park und am Weiher in Herzogenrath

Kreisgruppe Heinsberg

22. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Straße 92, Heinsberg-Eschweiler. Themen: Funktionelle Neubesetzung des Kreisgruppenvorstandes, Versorgungsangelegenheiten und Seniorenbetreuung



Fernweh? Urlaubsreif?

**Buchen Sie Ihren Traumurlaub
in dem Reisebüro, in dem
sich Ihre GdP-Mitgliedschaft
für Sie auszahlt!**

**Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!**



GdP Reiseservice
0211/29101 - 44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf

GdP aktiv

16. 10., GdP-Halloween-Horror-Fest, Movie Park, Warner-Allee 1, 46244 Bottrop. Tagsüber findet der normale Parkbetrieb statt und mit Einbruch der Dunkelheit (18 Uhr) beginnt das spektakuläre „Horror-Event“, das mittlerweile Kultstatus genießt. Coupons für vergünstigten Eintritt (20,50 Euro pro Person) können über die örtlichen Kreisgruppen oder den Landesbezirk (Hotline: 02 11/29 10-1 10) bezogen werden

24. 10., Varieté der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 20:00 Uhr, Festsaal Hotel Franz, Steeler Str. 261, 45138 Essen. Internationales Showprogramm, Liveband und kalt-warmes Büfett zum Preis von 29,90 Euro. Kartenverkauf im GdP-Büro Essen von dienstags bis freitags von 9:00 bis 12:00 Uhr, Tel.: 0 201/8 29-24 80

26. 10., GdP-Hotline-Seminar „Die aktuelle Flüchtlingssituation in NRW – Herausforderung für Gesellschaft und Polizei“, ver.di Bildungszentrum Das Bunte Haus, Senner Hellweg 461,

33689 Bielefeld, Anmeldung: 02 11/ 2 91 01 10

28. 10., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Minden-Lübbecke, 16:00 Uhr, Landhaus Rohlfing, Bergkirchener Str. 100, 32429 Minden

29. 10., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Autobahnpolizei Düsseldorf, 14:00 Uhr, APW Hilden, Aula, Zum Forsthaus 16, 40724 Hilden

4. 11., Kriminalforum „Eigentums kriminalität – Bekämpfung in Strategie und Praxis“, Bürgersaal, Düsseldorf Arcaden, Bachstr. 145, 40217 Düsseldorf, Anmeldung: 02 11/2 91 01 10

13. 11., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 18:30 Uhr, Stadthalle Mülheim, Infos und Kartenbestellung: 02 01/8 29-85 36

18. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Düren, 14:00 Uhr, Landwirtschaftsschule, Rütger-von-Scheven-Straße, 52349 Düren

18. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Dortmund, 14:30

Glücksnummern des Monats

45 29702
Cornelia Linnhoff, Märkischer Kreis
45 29675
Benjamin Schmidt, Ennepe-Ruhr
45 29610
Reiner Schmidt, Hamm
45 29673
Birgit Przytarski, Oberhausen

Die Gewinner erhalten einen GdP-Filz-Einkaufskorb „Basket“.

Uhr, Signal-Iduna-Versicherung, Saal 152, Alter Mühlenweg 78, 44139 Dortmund (gegenüber PP Dortmund). In dieser Versammlung wird in diesem Jahr auch wieder die Jubilarehrung durchgeführt. Alle Jubilare erhalten eine persönliche Einladung.

„Studierende unterstützen Studierende“ – unter diesem Motto haben am 2. September Mitglieder der Jungen Gruppen die 159 neu eingestellten Kommissaranwärterinnen und -anwärter des PP Bielefeld im Bildungszentrum Stukenbrock mit einer kleinen Überraschung begrüßt: Bei der Einfahrt zum Bildungszentrum gab es für jeden Anwärter eine mit Süßigkeiten gefüllte Schultüte als Symbol für den jetzt beginnenden, neuen Lebensabschnitt. Nachmittags folgten fast alle der Einladung zu einem gemütlichen Grillnachmittag bei der Kantinenwirtin „Elena“. Die Neueinsteiger bei der Polizei nutzten ausgiebig die Gelegenheit, um mit den Studierenden der Vorjahre Tipps und Hinweise für das beginnende Studium auszutauschen. Auch in den anderen neuen Ausbildungsbehörden in NRW hat sich die GdP in diesem Jahr wieder ein ausgefeiltes Begrüßungsprogramm einfallen lassen, um die neuen Kommissaranwärterinnen und -anwärter willkommen zu heißen. Denn bei der GdP sind die angehenden Nachwuchspolizisten Kolleginnen und Kollegen von Anfang an.



NACHRUF

Hermann Ludwig	04.06.1926	Aachen	Josef Bredenbals	29.09.1928	Gütersloh
Gerda Fogt	01.01.1924	Autobahnpolizei Düsseldorf	Heinrich Heß	25.02.1935	Gütersloh
Eleonora Mehner	12.05.1925	Autobahnpolizei Düsseldorf	Karl-Heinz Beier	16.03.1935	Hagen
Horst Albrecht	14.09.1933	Bielefeld	Renate Heppener	22.08.1949	Heinsberg
Hans-Joachim Kruck	13.12.1931	Bochum	Peter Ballmes	12.01.1955	Kleve
Otto Salemka	04.08.1923	Bochum	Heinrich Terhorst	19.08.1922	Kleve
Betty Porscha	04.07.1920	Bonn	Willi Köppel	29.09.1940	Köln
Frank-Axel Hofmann	27.02.1963	BZ Carl Severing	Wilhelm Münch	20.08.1938	Köln
Heinrich Bruns	07.10.1938	Coesfeld	Werner Reuther	11.01.1935	Köln
Leo Korsten	23.02.1941	Düren	Udo Spitzlei	19.12.1956	Köln
Karl-Heinz Hardenberg	21.10.1932	Düsseldorf	Willibald Jasche	25.09.1923	Lippe
Hildegard Holten	19.01.1921	Düsseldorf	Robert Prinz	01.10.1927	Mönchengladbach
Reinhold Nowosadek	04.01.1940	Düsseldorf	Margarete Rambow	19.02.1926	Oberbergischer Kreis
Horst Nowakowski	23.08.1940	Duisburg	Jörg Ruttkowski	17.06.1957	Oberhausen
Thea Schankin	13.01.1927	Essen/Mülheim	Edeltrud Werner	16.01.1927	Wesel
Rüdiger Worbs	05.07.1963	Essen/Mülheim			

